

Niederschrift

Gremium:	Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzung:	1. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses (HFW/2010/001)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 02.03.2010
Sitzungsort:	großer Sitzungssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 137
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz
Enste, Margarete
Große-Berg, Franz-Josef
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Schmeing, Aloys
Terhalle, Josef
Vortkamp, Thomas
Witte, Josef
Wittenbrink, Thomas

SPD

Dönnebrink, Andreas
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus

UWG

Heijnk, Annegret
Kersting, Hubert
Ruwe, Felix

FDP

Horst, Reinhard

WGW

Frankemölle, Norbert

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Kühlkamp, Hermann

Tacke, Michael

Büscher, Hermann

Klose, Alfred

Rose, Norbert

Schröder, Marco

Schriftführer(in)

Leuker, Werner

es fehlen entschuldigt:

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 25.02.2009
- 2 Bestellung eines Schriftführers und seines Stellvertreters
- 3 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Vorsitzenden
- 4 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2010

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 25.02.2009**
-

Die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25. Februar 2009 wird anerkannt.

-
- 2 Bestellung eines Schriftführers und seines Stellvertreters**
-

V/2010/0093

Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsausschuss bestellt Werner Leuker zum Schriftführer und Marco Schröder zu seinem Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters des Vorsitzenden

V/2010/0094

1. Die Zahl der zu wählenden Stellvertreter(innen) des Vorsitzenden wird auf 1 festgesetzt.
2. Nach § 57 Abs. 3 Satz 3 GO NRW wird Alois Schmeing (CDU-Fraktion) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2010

Der Kämmerer und Erste Beigeordnete Althoff hat den Entwurf des Haushaltes 2010 in der Sitzung des Rates am 27. Januar 2010 eingebracht. Der Entwurf der Haushaltssatzung 2010 mit seinen Anlagen liegt seit dem 1. Februar 2010 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rat öffentlich aus. Gleichzeitig steht er im Internet auf der Homepage der Stadt Ahaus www.ahaus.de zur öffentlichen Einsichtnahme zur Verfügung. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Bürgermeister Büter schlägt vor, über den Haushalt 2010 seitenweise zu beraten und zu beschließen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Produktgruppe 01.01 – Politische Gremien

Ratsmitglied Kersting (UWG-Fraktion) beantragt für die UWG-Fraktion, die Zuwendungen zu den Geschäftsführungskosten um 10% zu kürzen, um damit den Sparwillen der Fraktionen deutlich zu machen. Die übrigen Fraktionen sehen allerdings vor dem Hintergrund umfangreicher Fortbildungs- und Informationsbedarfe, insbesondere nach der Kommunalwahl im vergangenen Jahr, und allgemeiner Kostensteigerungen keine Möglichkeit zur Einsparung.

Abstimmungsergebnis:

- 3 Ja-Stimmen
- 16 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Produktgruppe 01.06 – Personalmanagement

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) bittet um Erläuterung, welche Auswirkungen der Schlichterspruch für die tariflich Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für den Haushalt der Stadt Ahaus hat. Bürgermeister Büter erläutert, dass durch 4 zusätzliche Stellen in neuen Kindergärten in Wessum, 2 Ersatzkräfte an der Feuer- und Rettungswache für Fachkräfte, die zurzeit wegen Fortbildungsmaßnahmen nicht zur Verfügung stehen sowie 2 weiteren Stellen an Kindertagesstätten für die Integrationsarbeit insgesamt gegenüber dem Vorjahr 367.000 Euro mehr veranschlagt wurden. Die Schlichtung werde nochmals zusätzlich ca.

50.000 Euro verursachen. Darüber hinaus enthält der Vorschlag der Schlichter auch Regelungen zur leistungsorientierten Bezahlung, zusätzliche Personalkosten verursachen. Insgesamt wird mit Personalmehrkosten von 420.000 Euro gerechnet.

Produktgruppe 03.01 – Bereitstellung schulischer Einrichtungen und Leistungen

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) empfiehlt zur Sicherung des Schulstandortes Ahaus eine völlige Neuausrichtung und beantragt, dass die Verwaltung bei den in Trägerschaft der Stadt Ahaus stehenden Schulen folgende Maßnahmen prüfen möge:

- Umwandlung der Franziskusschule in eine Gesamtschule,
- Umwandlung der Realschule im Vestert zur Verbundschule
- Aufgabe der Anne-Frank-Realschule und Überführung der Schüler/innen in die Realschule im Vestert
- Weiterentwicklung des Alexander-Hegius-Gymnasiums
- Aufgabe der Annette-von-Droste-Hülshoffschule und Überführung der Schüler/innen in die Franziskusschule
- Aufgabe der Marienschule und Überführung der Schüler/innen und Schüler in die Josefschule
- Die Gottfried-von-Kappenbergschule (Wessum), Andreasschule (Wüllen), Burgschule (Ottenstein) und Katharinenschule (Ahaus-Alstätte) bleiben in ihrem Bestand zunächst erhalten und werden auf ihre weitere Existenzmöglichkeit überprüft.

In der anschließenden Beratung machen die übrigen Fraktionen und die Verwaltung sehr deutlich, dass gemeinsam mit den Schulen in den letzten Jahren mit einem hohen Aufwand und Engagement versucht worden sei, alle Schulen in der Stadt Ahaus vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen sowie ausbleibender Schüler/innen aus Heek, Legden und Schöppingen in ihrem Bestand zu sichern. Dies sei auch gelungen. Darüber hinaus bleibe abzuwarten, ob es nach der Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen Veränderungen in der Schulpolitik und im gegliederten Schulsystem gebe. Daher sei dieser Antrag mehr als unverständlich.

Bürgermeister Büter äußert ebenfalls seine Betroffenheit über den Inhalt dieses Antrages und weist auf die umfangreichen Bemühungen in der Verwaltung und den politischen Gremien hin.

Er lässt abschließend über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme

19 Nein-Stimmen

Produktgruppe 04.01 – Kulturelle Angebote und Einrichtungen

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt in Ergänzung des bereits bestehenden kulturellen Angebotes in der Stadt Ahaus als Zusatzangebot insbesondere für Jugendliche ein Open Air Kinoangebot auf dem Sümmermannplatz. Die Kosten hierfür beziffert er mit ca. 50.000 Euro.

Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) bemerkt, dass das kulturelle Angebot in der Stadt Ahaus für alle Altersgruppen ausgesprochen vielseitig sei. Zudem werde nicht nur von der Stadt Ahaus, sondern auch insbesondere von den Pfarrgemeinden wertvolle Jugend- und auch Kulturarbeit geleistet. Dies gelte auch für die Ortsteile. Daher könne er einen Mangel im Angebot für Jugendliche nicht erkennen.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp ergänzt, dass in der Presse gerade die dritte Auflage der StattARENA, ein von der Stadt Ahaus, der Ahaus Marketing & Touristik und der Firma TO-BIT organisiertes Open Air Kino während der gesamten diesjährigen Fußballweltmeisterschaft in der Ahauser Fußgängerzone vorgestellt worden sei. Diese Veranstaltung sei, auch nach den Erfahrungen der Vorläuferveranstaltungen, insbesondere und in hohem Maße ein Angebot für Jugendliche. Die Stadt brauche mit ihrem alljährlich vielseitigen und qualitativen Angebot keinen Vergleich scheuen.

Bürgermeister lässt abschließend über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 1 Ja-Stimme
- 19 Nein-Stimmen

Produktgruppe 04.03 – Stadtbücherei

Fraktionsvorsitzender Löhring (Bündnis 90/Die Grünen) hält auch hier ein Umdenken für erforderlich und beantragt, dass die Verwaltung folgenden Vorschlag prüfen möge:

Die Stadtbücherei Ahaus soll nicht, wie bislang geplant, in direkter Anbindung und im Zusammenhang mit einem gastronomischen Angebot an die Stadthalle Ahaus, sondern auf dem jetzigen Schulhof der Bernsmannskampschule. Dabei soll sie sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und das Medienangebot entsprechend zurückführen. Vor dem Hintergrund eines sich ändernden Medienkonsumverhaltens soll ein zentral einzurichtender Hot-Spot in der Kernstadt interessierten Jugendlichen ermöglichen, sich Buchinhalte digital zu beschaffen.

Ausschussmitglied Große-Berg (CDU-Fraktion) hält dem entgegen, dass das Buch keineswegs an Bedeutung verliere. Aktuelle Umfragen würden das belegen. Die Ausleihzahlen nähmen im Übrigen eher wieder zu.

Bürgermeister Büter ergänzt, dass die Frage des Standortes bereits seit Herbst des letzten Jahres mit allen Fraktionen intensiv in vielen Sitzungen und Gesprächen beraten worden sei. Dabei habe man sich mehrheitlich für eine Anbindung an die Stadthalle ausgesprochen. Zurzeit würden gemeinsame Gespräche mit dem Architekten und der unmittelbar benachbarten evangelischen Kirchengemeinde hinsichtlich einer abgestimmten Planung geführt. Eine neue Standortdiskussion sei da unverständlich.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass der von Herrn Löhring beantragte Prüfauftrag im Ergebnis die Aufgabe der Bücherei beschreibe. Vor dem Hintergrund, dass Ahaus eine Bildungsstadt sei, irritiere ihn diese Sichtweise deutlich. Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden Horst (FDP-Fraktion) erklärt er, dass nähere statistische Daten über das Nutzer- und Ausleihverhalten der Büchereikunden in der nächstfolgenden Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vorgelegt würden.

Bürgermeister Büter lässt abschließend über den Prüfauftrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 1 Ja-Stimme
- 19 Nein-Stimmen

Produktgruppe 05.01 – Soziale Leistungen

Ausschussmitglied Kersting (UWG-Fraktion) beantragt, die Familienpassberechtigung auf Familien mit 2 Kindern zu erweitern. Zur Begründung erläutert er, dass der demografische Wandel und die Veränderungen der Lebensbedingungen auch die Durchschnittsfamilie in Ahaus, für die der Familienpass bei seiner Einführung geschaffen wurde, verändert habe. Die Verwaltung habe hierzu bereits im letzten Jahr einen entsprechenden Prüfauftrag erhalten. Die Mehrkosten seien im Übrigen aus Sicht der UWG-Fraktion überschaubar.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt hierzu, dass der angesprochene Prüfauftrag aus dem letzten Jahr noch nicht vollends abgearbeitet sei. Vorsichtige Schätzungen gingen von Mehrkosten von insgesamt ca. 60.000 bis 100.000 Euro aus. Insgesamt beinhalteten die bereits umgesetzten familienpolitischen Maßnahmen der Stadt im Rahmen der Einführung der offenen Ganztagschulen ein Finanzvolumen von ca. 230.000 Euro. Die nähere Beratung sei in der nächstfolgenden Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeit, Familie und Senioren geplant. Er schlage daher vor, zunächst die Beratung im Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familie und Senioren abzuwarten.

Mit dieser Vorgehen erklärt sich die UWG-Fraktion einverstanden.

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) erkundigt sich bei der Produktgruppe 10.01 (Maßnahmen der Bauaufsicht) nach den Kosten für die Digitalisierung der Bauakten. Technischer Beigeordneter Tacke erläutert, dass sowohl die bisher verwendeten Microfiches, deren Qualität durch die fortlaufende Verwendung und durch das zunehmende Alter nachlasse, als auch die in den letzten Jahren angelegten Bauakten digitalisiert werden müssten. Damit schaffe man eine schnellere und komfortablere Zugriffsmöglichkeit für die damit betrauten Sachbearbeiter und entlaste gleichzeitig den dafür ansonsten erforderlichen weiteren Raumbedarf.

Für die UWG-Fraktion fragt Fraktionsvorsitzender Ruwe nach den Gründen für das Aufschieben der noch nicht begonnenen, jedoch vorgesehenen Kanal- und Straßenbaumaßnahmen (Produktgruppen 12.01 und 13.01) im Josefsviertel. Bürgermeister Büter begründet den Aufschub einerseits mit der angespannten Haushaltssituation, andererseits aber auch mit der Notwendigkeit, die umfangreichen Baumaßnahmen mit der Erneuerung der dem Kreis gehörenden Fuistingstraße abzustimmen. Die Planungen für die Fuistingstraße würden demnächst im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt werden.

Bürgermeister Büter erläutert zur Produktgruppe 12.01 (Öffentliche Verkehrsflächen), dass bedingt durch die lange Frostperiode dieses Winters insgesamt 200.000 Euro an Mehrkosten eingebracht werden müssen. Zur möglichen Finanzierung dieser Mehraufwendungen und -auszahlungen soll die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 abgewartet werden, in der der Haushalt des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2010 beraten wird. Der Haushaltsausgleich kann ggfls. über eine mögliche Reduzierung des Hebesatzes für die Kreisumlage oder aber, soweit diese vom Kreisausschuss nicht beschlossen werden sollte, über eine weitere Verringerung der Ausgleichsrücklage erfolgen. Die entsprechenden Beträge werden abhängig von der Deckungsvariante bis zur Ratssitzung am 17. März 2010 in der Haushaltsatzung angepasst. In diesem Zusammenhang bittet Fraktionsvorsitzender Vorkamp den Bürgermeister, den Mitarbeitern des städtischen Baubetriebshofes den Dank für ihren Einsatz während des lang andauernden und personal- und materialintensiven Winterdienstes auszusprechen.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) bedauert, dass die Schaffung weiterer befestigter PKW-Stellplätze am Friedhof in Ahaus nicht mit in den Haushalt aufgenommen wurde. Als Deckungsvorschlag für eine nachträgliche Aufnahme schlage er die zeitliche Verlegung des aufgeführten Rückbaus der Wüllener Straße nach Fertigstellung der Stadthalle und des Umbaus des Kreisverkehrsplatzes am Stadtpark vor. Technischer Beigeordneter Tacke erläutert hierzu, dass der Rückbau der Wüllener Straße bereits erfolgt sei und hier lediglich noch die finanzielle Restabwicklung dargestellt werde. Ferner gebe es konkrete Vorschläge für einen gezielten Umbau des Kreisverkehrsplatzes am Stadtpark, der jedoch erst 2011 umgesetzt werde und im Haushalt 2010 lediglich als Verpflichtungsermächtigung eingestellt sei. Für die CDU erklärt Fraktionsvorsitzender Vorkamp, dass die finanziellen Rahmenbedingungen eine Umsetzung leider gegenwärtig nicht zuließen. Er beantrage aber, die Umsetzung der Maß-

nahme auf die Tagesordnung zu setzen, sobald eine Finanzierung möglich sei. Hierüber lässt Bürgermeister Büter abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) weist nochmals auf die Notwendigkeit hin, dass Baumscheiben in den Wohngebieten wenigstens einmal jährlich vom städtischen Baubetriebshof oder aber von beauftragten Fremdfirmen gepflegt werden sollten.

Bürgermeister Büter schlägt dem Ausschuss nach intensiver Beratung folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2010 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.
2. Zur möglichen Finanzierung der Mehraufwendungen und –auszahlungen werden abhängig vom Beratungsergebnis des Kreisausschusses des Kreises Borken am 11.03.2010 über eine Reduzierung des Hebesatzes der Kreisumlage die damit erzielten Einsparungen im städtischen Haushalt oder, soweit diese nicht oder nicht im für die Deckung erforderlichen Umfang beschlossen werden sollten, eine weitere Verringerung der Ausgleichsrücklage eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
8 Enthaltung

Felix Büter
(Vorsitzender)

Werner Leuker
(Schriftführer)